

Verdingt, versorgt, weggesperrt - «So vieles ging damals kaputt»

Mehrere Tausend Opfer von Zwangsmassnahmen leben im Kanton Bern. Wie geht es ihnen? Und was denken sie über die vom Staat geplanten Gedenkanlässe?



Alfred Ryter, Jahrgang 1940, wurde mit siebeneinhalb Jahren auf einen Bauernhof bei Frutigen verdingt. Es folgte die schlimmste Zeit seines Lebens.

Foto: Adrian Moser

Es waren wohl mehrere Hunderttausend Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert verdingt, in Heimen versorgt und in Anstalten weggesperrt wurden. In Kliniken dienten sie in manchen Fällen als Studienobjekte und Versuchspersonen. Es war nicht das Schicksal, das ihnen übel mitgespielt hatte, es waren die Menschen, die eigentlich für ihr Wohlergehen hätten sorgen sollen: Vormunde, Fürsorgebeamte, Gemeinderäte, Ärzte, Heimleiter. Von ihnen ging das Unrecht aus, das die Schweiz noch immer aufarbeitet – und an das sich der Kanton Bern ab dem 25. Mai mit zahlreichen Anlässen erinnert.

Wie traumatisch sich das Einschreiten der Behörden auswirkte, wird fassbar, wenn man dem 83-jährigen Alfred Ryter zuhört. Der bärtige Oberländer sitzt am Stubentisch in Uetendorf, vor sich eine Tasse Kaffee, deren Inhalt schon lange kalt geworden ist, und erzählt. «Als ich siebeneinhalb Jahre alt war, sagte mein Vater, ich müsse mitkommen.» Die wenigen Habseligkeiten des Sohnes lagen in einer Kartonschachtel auf dem Gepäckträger des Fahrrades, das sein Vater neben sich herschob. «Dann hat mein Vater mich zwei schwarzen Gestalten übergeben. Es war ein Trennungsschock, an die Tage danach kann ich mich nicht mehr erinnern.»

In den Nächten schrie und heulte er unaufhörlich nach Vater und Mutter. Danach kam eine Zeit der Rebellion und Auflehnung. Doch er habe null Chancen gehabt, sagt Ryter. Und nach der Auflehnung folgte die Resignation. Es wurde ihm alles gleichgültig. «Alles, was passierte, ging mich nichts mehr an, spielte keine Rolle mehr.»

Was war geschehen? Wegen der Krankheit der Mutter wurde die Familie auseinandergerissen. Der Vater arbeitete auf dem Bau und konnte nicht allein zu den fünf Kindern schauen. Alfred Ryter kam

als Verdingkind auf einen Hof bei Frutigen, wo er die schlimmste Zeit seines Lebens erlebte. Schläge, Hunger, Kälte und «Längizyti» nach seiner richtigen Familie gehörten zu seinem Alltag – so erzählt er es aus der Erinnerung. Geschlafen habe er allein im ungeheizten Tenn. Dort fielen die Temperaturen im Winter weit unter den Gefrierpunkt.

Er ass Tierfutter, um nicht zu verhungern

Das fromme Ehepaar habe ihn beinahe verhungern lassen. «Zum Frühstück gab es für mich nur ein Stück Brot. Butter oder Käse habe ich nie erhalten», sagt Ryter. Brei, Griess und Kartoffeln waren seine tägliche Kost damals am Ende der 1940er-Jahre. Im Tenn ass er Schweine- und Hühnerfutter aus Säcken, während im Keller des Wohnhauses Speckseiten und Hammen aufgehängt waren. Noch heute leidet Ryter unter den Folgen der Mangelernährung.

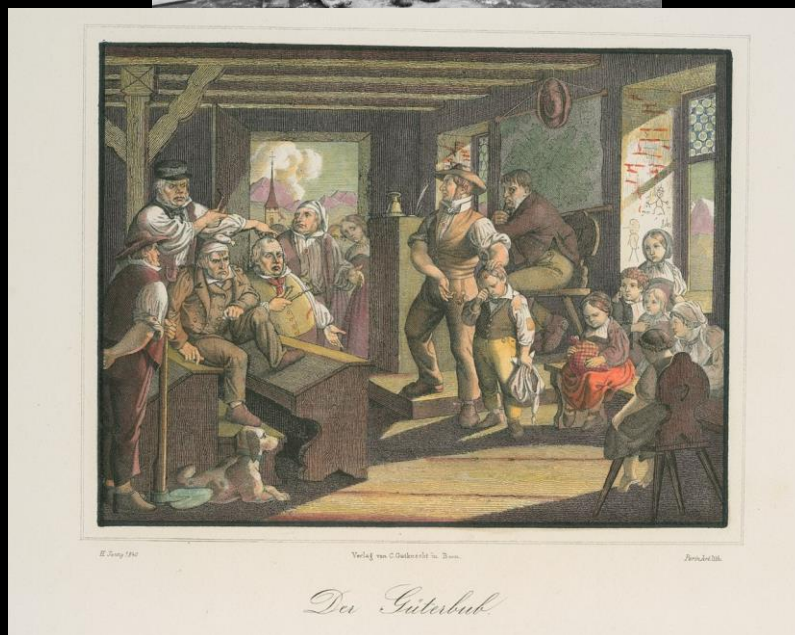
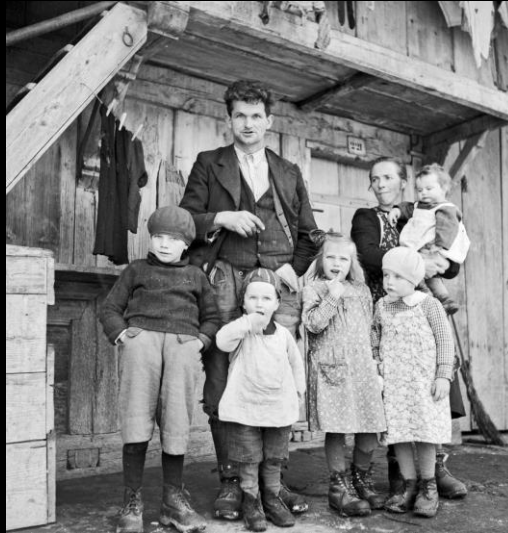
Er wurde halb zu Tode geprügelt. Der Rücken blutete, ein Wirbel des Genicks war schwer geprellt oder sogar angebrochen. Alfred Ryter zeigt die Narben und den verknorpelten Wirbel, der ihn in seiner Beweglichkeit einschränkt. Und das alles wegen einer Orange, die er gestohlen habe. Er erzählt, dass er sich nackt ausziehen musste. Das Ehepaar schleifte ihn durch den Schnee zum Brunnen, wo ihn die Frau im eiskalten Wasser mit einer Reisbürste traktierte. Noch immer hört er ihre Worte: «Ds Stähle cha me nid useschla, me muess es abbürste», habe sie gesagt.

«Mein Gehirn steht immer unter Stress. In der Nacht habe ich keine Tiefschlafphasen.»

Alfred Ryter, verdingt in Frutigen

Ryters Geschichte wird im Dokumentarfilm «Verdinger» erzählt. Auch zwei seiner Brüder wurden verdingt, beide haben sich als junge Erwachsene das Leben genommen. Bei Alfred Ryter waren Albträume, Depressionen und körperliche Leiden die Langzeitfolgen. 25 Jahre seines Lebens brauchte er, um die Geschichte zu verarbeiten und darüber sprechen zu können: Sein Hausarzt, Psychiater und weitere Fachpersonen halfen ihm dabei. Und ohne seine Frau Ruth, die ihm immer beistand, hätte er es nicht geschafft.

Zuvor hatte er während Jahrzehnten versucht, das Geschehene zu verdrängen, doch das ging nicht. Noch heute benötigt Alfred Ryter täglich zahlreiche Pillen und Antidepressiva, um die Vergangenheit in Schach zu halten. «Mein Gehirn steht immer unter Stress, in der Nacht habe ich keine Tiefschlafphasen. So vieles ging damals kaputt.»



Die Lithografie entstand um 1840 und trägt den Titel «Der Güterbub», ein anderer Ausdruck für Verdingbub.
 Bild: Staatsarchiv Kanton Bern

Wie viele Personen leben noch, die Ähnliches durchgemacht haben wie Alfred Ryter? Aufschluss geben die Zahlen des Bundesamtes für Justiz: Bis Ende Jahr erhielt das Bundesamt 10'863 Gesuche für einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken. 2168 stammen aus dem Kanton Bern, das sind 20

Prozent. Insgesamt wurden 9936 Gesuche gutgeheissen. Noch immer treffen beim Bundesamt mehrere Dutzend Gesuche pro Monat ein.

Überdurchschnittlich viele Verdingkinder

Der Kanton Bern sei überproportional stark von der Thematik betroffen, sagt Historikerin Tanja Rietmann. Sie forscht am interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern unter anderem zu fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. «Es gab im Kanton Bern überdurchschnittlich viele Verdingkinder.» Rietmann arbeitet zusammen mit anderen Wissenschaftlerinnen und Forschern zurzeit an einem Sammelband über Pflegefamilien. «Private Organisationen übten in der Vergangenheit immer wieder Kritik an der schlechten Unterbringung von Pflegekindern.» Auf der anderen Seite gibt es laut Rietmann Probleme bis heute. Es gebe zu wenig Pflegeplätze, und Pflegeeltern, vor allem die Pflegemütter, würden für ihre anspruchsvolle Arbeit zu wenig wertgeschätzt.

«Als Höhepunkt der Zwangsmassnahmen sind wohl die Jahre zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg anzusehen.»

Tanja Rietmann, Historikerin

Die Zwangsmassnahmen standen im ausgehenden 19. Jahrhundert im Kontext der Armutsbekämpfung. Die Armut galt als Vorstufe der Kriminalität. Der Konformitätsdruck war hoch. «Als Höhepunkt der Zwangsmassnahmen sind wohl die Jahre zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg anzusehen», sagt Rietmann. Doch gerade im Bereich der Heime und Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche gebe es für den Kanton Bern noch grosse «Forschungslücken», die geschlossen werden sollten.

«Zeichen der Erinnerung» im ganzen Kanton

Seit 2013 sind im Kanton Bern 2200 Gesuche und Anfragen für Akteneinsicht eingegangen, etwa ein Fünftel der gesamtschweizerischen Zahl. «Wir erhalten noch immer jede Woche mehrere Anfragen», sagt Staatsarchivarin Barbara Studer Immenhauser. In manchen Fällen kann es Jahre dauern, bis jemand sich dazu überwinden kann – nicht selten auch, weil sie sich bisher nicht einmal dem Partner oder der Partnerin anvertraut haben. «Die verletzenden Äusserungen in den Schriftstücken können eine Retraumatisierung auslösen.» Andere denken vielleicht auch, der Beitrag von 25'000 Franken stehe ihnen gar nicht zu, weil es ihnen heute finanziell gut gehe.

«In nur ganz wenigen Fällen fanden wir keine Informationen in den Akten.»

Barbara Studer Immenhauser, Staatsarchivarin

Das Staatsarchiv übernahm die Koordination der Anfragen, denn die meisten Akten lagern bei den Gemeinden. Die Kantonsarchive sind nach Gesetz zu dieser «Detektivarbeit» verpflichtet. Zeitweise beschäftigte das Staatsarchiv fünf zusätzliche Mitarbeitende. «In nur ganz wenigen Fällen fanden wir keine Informationen in den Akten», sagt Studer Immenhauser. «Es ist wichtig, dass die Betroffenen damit nicht alleingelassen werden.»

Immer wieder Steine in den Weg gelegt

Kurt Gägger wurde als Kind auf einen Bauernhof in der Gemeinde Schwarzenberg verdingt; zu einem kinderlosen und gläubigen Ehepaar, das als Selbstversorger einen kleinen Hof bewirtschaftete. Gägger war ein Scheidungskind, der Vater hatte ein Alkoholproblem, zur Mutter hatte er keine Beziehung. Auf dem Bauernhof musste er «chrüpple», wie er sagt, aber das Ehepaar habe es gut mit ihm gemeint. Die Börsartigkeit ging von den Behörden aus, die zuerst verhindern wollten, dass er in die Sekundarschule gehen konnte. Als er sich dort vor allem in der Mathematik als sehr gelehrig zeigte, hätte er prüfungsfrei ins Progymnasium übertreten können. Doch der Vormund vereitelte das – wegen der Kosten. Gägger machte eine Banklehre.



Er kenne keine Grauzonen, sagt Kurt Gägger, der in der Gemeinde Schwarzenburg verdingt wurde.
Foto: Christian Pfander

Die Behörden verhinderten auch den Kontakt mit der Halbschwester. «Sie sagten mir, sie wolle keinen Kontakt, und ihr teilten sie mit, ich wolle sie nicht sehen.» Nach Ende der Vormundschaft wurden ihm 8.70 Franken ausgezahlt. Im Militär wurde er Küchenchef, doch weil er ein Verdingkind gewesen sei, habe ihm die Armee eine Offizierslaufbahn verweigert.

Über seine Mutter teilten ihm die Behörden nichts mit. Doch in den 1980er-Jahren schrieb man ihm, die Mutter sei gestorben, er solle die Wohnung räumen. Das zeigt für Gägger, dass die Behörden sehr wohl über die nötigen Informationen verfügten, wo die Betroffenen lebten.

Billige Arbeitskräfte gesucht

Tatsächlich verfügen die meisten Gemeinden noch über Akten aus dieser Zeit, das trifft auch auf die Stadt Bern zu. Im Stadtarchiv befinden sich ungefähr 25'000 Dossiers aus dem ehemaligen Fürsorgeamt. Sie umfassen den Zeitraum von circa 1920 bis nach 1980. Die Praxis der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wurde in der Schweiz 1981 offiziell beendet.

In den meisten Fällen war und ist es möglich, die Massnahmen gegen die betroffenen Personen nachzuverfolgen und zu dokumentieren, wie Stadtarchivar Roland Gerber sagt. «Wir sind die Hüter erfreulicher, aber auch zahlreicher tragischer Geschichten.» Denn auch aus der Stadt Bern wurden viele Kinder und Jugendliche auf Bauernhöfe verdingt. «Dahinter steckte eine bedauerliche Logik: Auf dem Land fehlten billige Arbeitskräfte, der Staat konnte so Kosten sparen.» In der Korrespondenz der Behörden schimmert laut Gerber immer die Frage des Geldes als Leitmotiv durch. Es sollte so wenig wie möglich kosten.

«In manchen Fällen hielt ein schwarzes Auto vor der Schule, Männer stiegen aus und nahmen das Kind aus der Klasse mit.»

Roland Gerber, Stadtarchivar

Eine längere Krankheit der Mutter oder des Vaters löste oft eine existenzielle Krise aus und veranlasste die Behörde zum Einschreiten. Die Familie wurde auseinandergerissen, Kinder

fremdplatziert. Wer sich zu wehren wagte, wurde drangsaliert und geriet in eine Spirale. «Da hiess es schnell einmal, der oder die ist schwer erziehbar und muss in ein Heim», sagt Stadtarchivar Roland Gerber. Traumatisch war oft der Moment der Trennung, tränenerfüllte Abschiedsszenen vermied man nach Möglichkeit. «In manchen Fällen hielt ein schwarzes Auto vor der Schule, Männer stiegen aus und nahmen das Kind ohne Kommentar aus der Klasse mit.»

Es gibt nur Schwarz und Weiss

Über die Jahrzehnte hinweg änderte sich zumindest der Tonfall in den Akten: Die Wortwahl wird weniger herablassend und moralisierend. Noch in den 1940er- und 1950er-Jahren gilt das Los primär als selbst verschuldet. Ab den 1970er-Jahren wird eher das soziale Umfeld zur Erklärung herangezogen. Man versucht, den Betroffenen vermehrt auf Augenhöhe zu begegnen.

Die Erfahrungen der Kindheit haben die Betroffenen stark geprägt, auch den heute 71-jährigen Kurt Gäggeler: «Ich kenne nur Schwarz und Weiss, keine Grauzonen. Erst in den letzten Jahren haben sich diese Gegensätze etwas aufgeweicht.» Und er erzählt, wie schwierig es für ihn war, körperliche Nähe zuzulassen. Vielen Opfern von Zwangsmassnahmen ging und geht es so.

Wichtig sei, dass die Erinnerung an diese Zeit wach bleibe. «In der Schule sollte das als Pflichtstoff behandelt werden.» Gäggeler ist im Vorstand von Netzwerk Verdingt aktiv. Und etwas ärgert ihn über alle Massen. Wenn Leute die Geschehnisse verharmlosen und sagen: Es sei doch nicht so schlimm gewesen. Damals hätten alle früh aufstehen und hart arbeiten müssen. «Wie beim Rassismus sollte das ein Offizialdelikt werden, sodass die Leugner angezeigt und bestraft werden.»



Im Erziehungsheim Landorf in Köniz ist um 1948 wohl eine Art Inspektion im Gang.
Foto: Martin Hesse (Staatsarchiv Kanton Bern)

Gäggeler kann auch harsch urteilen. Den Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken empfand er als wenig grosszügiges «Schweigegeld». Das Geld bleibe darum ein Thema. «Der Bund und auch der Bauernverband sind noch nicht aus dem Schneider.» Einfach so zu vergeben, liege ihm nicht. Er wolle aber auch nicht der jungen Generation, die damit nichts zu tun habe, «die Geschichte ins Genick schlagen».

Alles vergeben und vergessen?

Der 65-jährige Robert Blaser ist Präsident des 2012 gegründeten Vereins Fremdplatziert und wohnt heute im Kanton Thurgau. «Es war lange still, auch wegen Corona, aber es ist wichtig, dass die Geschichte nicht vergessen wird», sagt er. Die Familie Blaser lebte 1965 in Zollikofen, als sie von den Behörden auseinandergerissen wurde.

«Viele Opfer leben vielleicht trotz des Solidaritätsbeitrags in prekären Verhältnissen.»

Robert Blaser, Heimkind und Präsident des Vereins Fremdplatziert

Robert Blaser verbrachte zwölf Jahre seines Lebens in Heimen und Anstalten – acht Jahre davon im Heim Landorf in Köniz, das auch einen Landwirtschaftsbetrieb umfasste. Blaser erinnert sich an schwere Arbeit, Körperstrafen und seelische Grausamkeit. Den Kindern wurde damals vor allem eine Botschaft eingetrichtert: «Aus dir wird nie etwas, du bist nichts wert.»

Auch für Blaser bleibt das Thema finanzielle Unterstützung aktuell. «Viele Opfer leben wohl trotz des Solidaritätsbeitrags in prekären Verhältnissen.» Diese auf die Sozialämter zu schicken, sei nicht der richtige Weg. So hat etwa die Stadt Zürich im Frühling zusätzlich zu jenem des Bundes einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken beschlossen und dafür acht Millionen Franken budgetiert. «Ich bin gespannt, ob noch einmal eine Diskussion in Gang kommt», sagt Blaser. «Vielleicht in Form einer Zusatzrente.» Denn: Viele Betroffene mussten in Ausbildung und Beruf untendurch, was ihre finanzielle Situation noch heute beeinträchtigt. Und: Angerichtet hat dieses Unheil der Staat.

[Simon Wälti](#)

Publiziert: 19.05.2023, 20:32